



Recht gut informiert

Newsletter Ihrer
Bundestagsabgeordneten

Nr. 06



Liebe Leserinnen und Leser,

nach acht Wochen in der Heimat begann diese Woche wieder der Sitzungsbetrieb im Deutschen Bundestag. Ich habe die sog. parlamentarische Sommerpause genutzt, um in 58 Terminen in meinem Wahlkreis mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Unternehmen, mit Arbeitnehmervertretern, mit Vereinen, mit Behörden und der Justiz ins Gespräch zu kommen. Unsere Demokratie lebt davon, dass Menschen ihre Sorgen aktiv einbringen können. Daher finde ich es für meine Arbeit unerlässlich und zugleich bereichernd, von den Menschen vor Ort zu erfahren, wo es Probleme gibt. So kann ich mich im Bund gezielt für Verbesserungen einsetzen.

Diese Sitzungswoche ist der Start für mich in einen Sitzungsmarathon. Drei Wochen Berlin vollgepackt mit Diskussionen zu Polizei, Justiz, Wirtschaft und dem Haushalt, gefolgt von mehreren Tagen beim Europarat in Straßburg und dann geht es sofort in Berlin weiter. Diese Regierung hat sich viel vorgenommen und das straffe Pensum im Bundestag zeigt, dass wir alle Herausforderungen beherzt anpacken.

Bundeskanzler Friedrich Merz hat mit seinem Kabinett über den Sommer viele Beschlüsse gefasst, um unser Land voranzubringen - z.B. die Senkung der Stromsteuer und Netzentgelte, weniger Umsatzsteuer für die Gastronomie, die Absicherung der Rente, die Erhöhung der Pendlerpauschale und die Vollendung der Mütterrente. Nun ist der Bundestag als Gesetzgeber gefragt, das alles in die Tat umzusetzen. Meine Kollegen und ich werden diesen Vorhaben nun den Feinschliff verpassen und sie pünktlich zum neuen Jahr in Kraft treten lassen.

Ich wünsche Ihnen angenehme Lektüre.

Ihre Tijen Ataoglu



Foto: Büro Tijen Ataoglu, MdB

Meine Rednerpremiere im Hohen Haus

Als krönender Abschluss einer vollen Sitzungswoche hielt ich am Freitag meine erste Rede im Deutschen Bundestag. Dabei ging es um eines meiner Herzensanliegen - die Digitalisierung unserer Justiz.

Seit einigen Jahren arbeiten die Gerichte nun mit elektronischen Akten. Mit meiner Rede zur Einführung von Online-Verfahren bei den Zivilgerichten schlagen wir nun das nächste Kapitel auf. Ohne langwierige Schriftsätze ermöglichen wir den Bürgerinnen und Bürgern über eine Online-Maske schnell, einfach und kostengünstig Klage erheben zu können. So lohnt sich auch bei kleinen Streitwerten der Gang zum Gericht. Den Richtern wird im Gegenzug die Arbeit erleichtert, besonders bei Massenklagen.

Es war eine große Ehre im Deutschen Bundestag sprechen zu dürfen und meine Fraktion vertreten zu dürfen. Meine Rede finden Sie auf der Homepage des Deutschen Bundestages oder direkt unter diesem Link: <https://dbtg.tv/cvid/7635537>

Mehr Geld für Länder und Kommunen

Der Bundestag ist die Bühne für die große Politik, aber der Alltag der Menschen und das echte Leben finden in den knapp 11.000 Gemeinden in Deutschland statt. In der Heimat, in Orten wie Hagen, Breckerfeld, Ennepetal, Gevelsberg oder Schwelm merkt man direkt, wenn es im Land nicht rund läuft. Marode Infrastruktur, Schließung von Unternehmen und hohe Kriminalität sind die realen Herausforderungen, die den Kommunen alles abverlangen.

Damit unsere Städte und Gemeinden sich dem nicht allein stellen müssen und bei den oft angespannten Stadtkassen handlungsfähig sind, haben wir diese Woche drei Gesetze für eine solidere finanzielle Ausstattung der Kommunen auf den Weg gebracht.

So definieren wir gerade die Regeln unter denen die Länder und Gemeinden Gelder aus dem 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität abrufen können. So werden dringende Sanierungen im Wahlkreis ermöglicht.

Außerdem ändern wir die Vorgaben der Schuldenbremse für die Länder ab, damit sie entsprechend ihrer Wirtschaftsleistung und Bevölkerungszahl entscheiden können, in welchem Umfang sie für Investitionen Kredite nutzen möchten. Durch eine Deckelung auf 0,35 Prozent des Bundesinlandprodukts ist zugleich sichergestellt, dass die Länder nicht versucht sind, allein durch neue Schulden ihre Probleme anzugehen.

Damit hochverschuldete Länder wie Bremen und das Saarland nicht abgehängt werden, bleiben bereits vom Bund gewährte Sanierungshilfen unberücksichtigt.

Durch diese drei Hilfen gewinnen die Länder und Gemeinden die notwendige Bewegungsfreiheit, die unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister brauchen, um die großen Aufgaben zu bewältigen, die in den nächsten Jahren auf sie zukommen.

Mit dem Rückenwind aus Berlin werden wir unsere Städte modernisieren, die Lebensqualität unserer Gemeinden stärken und bessere Bedingungen für die lokale Wirtschaft schaffen.



Foto: Büro Tijen Ataoglu, MdB

Begegnung mit dem Innenminister

Am Rande des Plenums ergibt sich bisweilen die Chance für einen kurzen Austausch mit unserer Regierungsspitze. So traf ich kurz vor der Debatte zur Asylpolitik Bundesinnenminister Alexander Dobrindt auf den Stufen des Bundestags.

Mit seiner festen Haltung gegen unkontrollierte Einwanderung konnten wir seit Mai bereits über 10.000 illegale Einreise verhindern. Seitdem sind auch die Zahl der Asylanträge um 60 Prozent zurückgegangen. Für mich gilt seit jeher: Deutschland hilft jedem, der Hilfe benötigt und sich an die Regeln hält. Wo beides nicht zutrifft, müssen wir konsequent dagegen handeln.

Impressum:

Nr. 6 | 12. September 2025

Herausgeber:

Bundestagsbüro Tijen Ataoglu, LL.M., MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/227-70928

E-Mail: tijen.ataoglu@bundestag.de

V.i.S.d.P.: Tijen Ataoglu, LL.M., MdB